

Dresden, den 16. Januar 2013
(korrigiert am 21.1.2013)

Abkehr von der Braunkohle?

Zum energiepolitischen Leitantrag der sächsischen SPD*

Die SPD Sachsen hält am 19. Januar 2013 einen Sonderparteitag zur Energiepolitik in Leipzig ab. Der 16-seitige Leitantrag zeichnet nach einer Diskussionsphase offenbar die Position vor, mit der die Partei in den Landtagswahlkampf 2014 ziehen will. Da die Partei, wie der Landes- und Fraktionsvorsitzende Martin Dulig verkündet hat - egal mit welchem Koalitionspartner! - 2014 in die Staatsregierung zurückkehren möchte, kann die energiepolitische Positionsbestimmung der SPD mit gesteigertem Interesse rechnen. Denn diese Positionsbestimmung müsste durchaus Hinweise enthalten, in welche politische Richtung sich die SPD wenden will. Derzeit torpediert schwarz-gelb die Energiewende, so dass im Herbst 2013 bei der Bundestagswahl entschieden wird, ob die Energiewende Fahrt aufnimmt oder abgebrochen wird. Auch aus dieser Sicht ist es für GRÜNE spannend, ob mit der sächsischen SPD eine engagierte Energiewendepolitik möglich ist. In welchem Mischungsverhältnis und Aggregatzustand befinden sich die beharrenden und modernisierenden Kräfte in der sächsischen SPD, die sich immer noch als Volkspartei versteht?

1. Im Umfeld schwarz-gelber Fossilistik und Klimaleugnung

Die schwarz-gelbe Staatsregierung hat am längsten Widerstand gegen den von Kanzlerin Merkel nach Fukushima durchgesetzten Ausstieg vom Atomausstieg geleistet. Arnold Vaatz hat sogar ein Festhalten an der Atomkraft zum Merkmal aufrechten Konservatismus gegen den verhassten Zeitgeist stilisiert.¹ Seitdem versucht schwarz-gelb den Atomausstieg als Chance für eine Renaissance

* Ich danke Jan Stoye und Carsten Enders für wesentliche Hinweise und Recherchen.

¹ Man lese seinen Beitrag auf der Klimaleugnerseite von EIKE

<http://www.eike-klima-energie.eu/climategate-anzeige/mdb-arnold-vaatz-ueber-die-energiewende-ihre-gruende-und-folgen/>

der Braunkohle zu verkaufen. Mit der Inbetriebnahme des neuen Braunkohleblocks in Boxberg – verbunden mit 4,5 Mio. t zusätzlichen CO₂-Emissionen - hat man ja auch einiges vorzuweisen. Der wendige Stimmungspolitiker Tillich hatte zwar auf dem Höhepunkt der Fukushima-Krise die Ausbauziele 2020 für die Erneuerbaren von 24% auf 33% erhöht. Doch dieses Ziel nimmt seine Staatsregierung gerade im Zuge der Diskussion zum Landesentwicklungsplan auf 25% zurück.

Insbesondere die um ihr politisches Überleben kämpfende FDP begründet diese Blockadepolitik ideologisch mit einer klaren Klimaleugner-Position. Klimaleugner bestreiten die Verursachung des Treibhauseffekts und des Klimawandels aufgrund des Anstiegs des CO₂-Gehalts in der Atmosphäre, der durch die Verbrennung von Kohle, Öl oder Gas verursacht wird. 2012 hat sie auf zwei sogenannten „Fortschrittskonferenzen“ obskuren Klimaleugnern ohne einschlägige fachwissenschaftliche Ausbildung und Kenntnisse ein Forum geboten. Zugleich erweist sich die sächsische Schwarz-Gelb-Variante als treueste Gefolgschaft der fossilen Konzerne und Propagandist ihrer von der sogenannten „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ instrumentierten Stromlügenkampagne.

2. GRÜNE Position: Braunkohleausstieg und 100% EE-Strom bis längstens 2030

Die Beurteilung des Leitantrags der SPD erfolgt natürlich auch am Maßstab der GRÜNEN Programmatik zur Klima- und Energiepolitik. BündnisGRÜN in Sachsen steht für eine konsequente Klimaschutzpolitik, orientiert am Ziel, den Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur auf 2°C bis 2100 zu begrenzen. Seit 2004 fordern wir einen BraunkohleAusstieg, der 2030 abgeschlossen sein soll.² Nach mehreren Diskussionspapieren hat die Landesdelegiertenkonferenz im Juni 2011 beschlossen, den sächsischen Strombedarf bis 2030 (Zwischenschritt 75% bis 2020) und seinen Wärme- und Mobilitätsbedarf bis 2050 komplett ohne Treibhausgasemissionen decken zu wollen.³

Der parallele Ausstieg aus der Braunkohle soll 2030 abgeschlossen sein. Er soll durch ein wirksames europäisches Treibhausgashandelssystem, gesetzliche Mindestwirkungsgrade für Neubauten

2 Landesdelegiertenkonferenz: Wahlprogramm Landtagswahl 2004. http://www.gruene-sachsen.de/fileadmin/user_upload/lv/LTW2004/gruenesachsen_programm_ltw04_01.pdf

3 LDK-Beschlüsse: „Den Politikwechsel in Sachsen einleiten“ http://www.gruene-sachsen.de/fileadmin/media/parteitage/2010-11_ldk_meissen/beschluesse/Beschluss_Politikwechsel_in_Sachsen_einleiten_LDK_MEI_2010_11.pdf

Sachens Energie ist Erneuerbar http://www.gruene-sachsen.de/fileadmin/media/dokumente/Themen/oekologie/2012_06_12_Beschluss_Sachsens_Energie_ist_erneuerbar.pdf

und verbindliche Restlaufzeiten für bestehende Kraftwerke (analog zum Atomausstiegsgesetz) verbindlich festgezurrt werden. Neue Tagebaue sollen verboten werden. Die bisher mit der Kohleverstromung allein gelassenen Regionen im Südraum Leipzig und in der Lausitz sollen wirtschaftlich und sozial mit einem tragfähigen Umbaukonzept neue Chancen erhalten. Die Bundesdelegiertenkonferenz hat im Oktober 2012 den Kohleausstieg bis 2030 beschlossen und verlangt gesetzliche Rahmenbedingungen, die die Genehmigung neuer Kohlekraftwerke verhindern.⁴

Als gesetzlichen Überbau habe ich Ende 2012 Eckpunkte für ein sächsisches Klimaschutzgesetz vorgelegt.⁵

3. Entwicklung energiepolitischer Positionen der SPD

3.1. Regierungsbeteiligung der SPD zwischen 2004 und 2009

Die vor allem von der IG BCE getriebene und von Thomas Jurk bestimmte Energiepolitik der SPD reduzierte sich lange auf eine reine Pro-Braunkohlepolitik. Aber nach dem Aufblühen der sächsischen Photovoltaikbranche mit ihren tausenden Arbeitsplätzen konnte ein sozialdemokratischer Arbeitsminister Jurk die Erneuerbaren nicht mehr links liegen lassen. Die Errichtung der Sächsischen Energieagentur SAENA und der Verbundinitiative eesa (von der allerdings kaum etwas zu hören ist) sind Erfolge sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung von 2004 bis 2009. Das Ausbauziel im Energieprogramm 2007 des Wirtschaftsministeriums blieb jedoch schon damals mit 24% weit unter den Möglichkeiten. In der Substanz jedenfalls änderte sich an der Braunkohlevorrangpolitik in der Regierungszeit der SPD nichts: Sie förderte den Bau des neuen Boxberger Blocks nach Kräften und setzte sich bei der Bundesregierung für weitere Privilegien für die sächsischen Kohlekraftwerke ein. Indirekte Subventionen wie die Befreiung von Förderabgaben und Wasserentnahmegebühren hat die SPD stets verteidigt.

3.2. Schüchterne Relativierung der Braunkohlevorrangpolitik

Währenddessen kämpfte der bei den Freunden der Erneuerbaren Energien hochangesehene SPD-

4 Bundesdelegiertenkonferenz Bündnis 90 / Die GRÜNEN, Wo Erneuerbare wachsen, wird Kohle weichen, http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse/Verschiedenes-Kohle-weicht-Erneuerbaren-Beschluss-BDK-11-2012.pdf

Zum Braunkohleausstieg http://www.gruene-fraktion-sachsen.de/fileadmin/user_upload/Broschuere/120118_Braunkohle_3_Laenderpapier.pdf

5 Diskussionspapier für ein sächsisches Klimaschutzgesetz von Johannes Lichdi. <http://www.wir-sind-klima.de/gruene-politik/saechsisches-klimaschutzgesetz.html>

Landtagsabgeordnete Johannes Gerlach einsam für den Ausbau der Erneuerbaren.⁶ 2009 veröffentlichte die SPD-Landtagsfraktion, auch von den GRÜNEN getrieben, ein von ihm inspiriertes Positionspapier, das erstmals den Ausstieg aus der Braunkohle bis 2060 und ein konkretes 100%-Ziel für Strom formulierte (bis 2050).⁷ Allerdings war bezeichnenderweise davon im Landtagswahlprogramm 2009 nichts mehr zu lesen!⁸

Nach der Fukushima-Katastrophe legte die SPD-Landtagsfraktion im Mai 2011, nunmehr in der Opposition, ein Sieben-Punkte-Programm vor, in dem das 100%-Ziel auf 2050 vorgezogen wurde.⁹ Die Braunkohle wird aber als „unverzichtbare“ Brückentechnologie bezeichnet. Auf dem Chemnitzer Landesparteitag 2011 scheiterte ein Antrag der Jusos, der einen „schnellstmöglichen“ Ausstieg aus der Braunkohle gefordert hatte.¹⁰ Auch ein breit angelegter und sorgfältiger Antrag des Ortsverbands Leipzig-Süd mit konkreten EE-Zielen hielt die Braunkohle für „mittelfristig unverzichtbar“.

3.3. Programmatische Entwicklungen im Leitantrag 2013

a) Primat der Klimapolitik

Der vorliegende Leitantrag markiert in der klima- und energiepolitischen Weltsicht der sächsischen Sozialdemokraten eine wesentliche Weichenstellung. Die SPD anerkennt, wenn nicht den Primat, so doch die entscheidende Bedeutung der Klimapolitik: *„Wir wollen unseren sächsischen Beitrag gegen den fortschreitenden Klimawandel leisten. Eine neue Energiepolitik in Sachsen ist das Kernstück auf dem Weg dahin. Denn jede vernünftige Klimapolitik steht und fällt mit der Energiepolitik“* (R.7ff.). Daran muss sich der Antrag messen lassen.

b) Stiller Abschied von CCS

Manchmal sagt ein Schweigen mehr als tausend Worte: Die SPD erwähnt die CCS-Technologie in ihrem energiepolitischen Papier nicht mehr! Dabei hatte die Partei lange darauf gesetzt, den

6 Abzulesen an zahlreichen Kleinen Anfragen 2008/2009 an die eigene Koalitionsregierung, die teilweise ohne Antwort blieben.

7 SPD-Papier Energieland Sachsen. http://spd-fraktion-sachsen.de/sites/default/files/downloads/SPD_PP_Energieland.pdf

8 Landtagswahlprogramm 2009 http://spd-sachsen.de/sites/default/files/downloads/page/SPD_Sachsen_Regierungsprogramm_09_-14.pdf

9 Sieben-Bausteine für ein Energieprogramm 2011 <http://spd-fraktion-sachsen.de/sites/default/files/downloads/Positionspapier%20Energieprogramm.pdf>

10 Beschlussbuch 2011 http://www.jusos-sachsen.de/beschluesse.37.html?file=tl_files/jusossachsen/Beschluesse/Beschlussbuch-LDK-2011.pdf

Widerspruch zwischen der Braunkohleverstromung als klimaschädlichster Form der Stromerzeugung und den unabwiesbaren Anforderungen des Klimaschutzes durch Entwicklung und Einsatz der CCS-Technologie auflösen zu können.

Die Idee war, das CO₂ nicht mehr in die Atmosphäre zu entlassen, sondern aufzufangen und dauerhaft unterirdisch zu lagern. Diese Technologie ist bis heute nicht im Kraftwerksmaßstab eingesetzt und wird es auch nicht werden, da sie zu teuer ist und die Stromgestehungskosten in die Höhe treiben würde. CCS ist faktisch gescheitert, da die notwendigen riesigen unterirdischen Lagerstätten politisch nicht durchsetzbar waren. Vattenfall hat denn auch den Bau eines Kraftwerks in Jämschwalde mit CCS-Technologie abgesagt. Die Nachrüstung bestehender Kraftwerke war ohnehin nie vorgesehen.

Die SPD vollzieht diese politische Entwicklung nach ohne dies kenntlich zu machen. Es findet sich nun als Schwundform nur noch ein Bekenntnis zu CCR, also der Abspaltung und Wiederverwendung von CO₂. Damit ist aber auch der Anspruch aufgegeben, die Braunkohleverstromung insgesamt CO₂-verträglich zu machen.

c) Ziel: 100% Erneuerbare Energien!

Der Leitantrag erkennt zutreffend, dass Sachsen bei den Erneuerbaren Energien im bundesweiten Vergleich hinterher hinkt und die Staatsregierung kein Konzept für die Energiewende hat (R.16). Ebenso begrüßenswert ist die ausdrückliche Anerkennung der Erneuerbaren Energien als Hauptenergieträger der Zukunft (R.67ff.). Fragen des Netzbbaus, der Speicherung oder der fairen Lastenverteilung bei den Kosten der Energiewende werden zu Recht nicht als Ablehnungsgründe für die Energiewende, sondern als zu lösende Herausforderungen beschrieben.

d) Richtige Schlussfolgerung aus dem „Peak oil“

Richtigerweise bemüht sich der Leitantrag nicht nur um den Strombereich, sondern auch um den Wärme- und Kraftstoffsektor, der ebenfalls vollständig auf Erneuerbare Energien umgestellt werden soll. Wichtig ist die Anerkennung eines „peak oils“, also der Erkenntnis, dass der Förderhöhepunkt sehr wahrscheinlich bereits erreicht und daher die Kosten des importierten Öls als Grundstoff unserer Kraftstoffversorgung und chemischen Industrie in naher Zukunft weiter stark steigen werden. Die Sozialdemokraten ziehen daraus auch die richtige Schlussfolgerung, dass nur eine Umsteuerung auf Erneuerbare Energien sowohl die Versorgungssicherheit als auch die Kostentragbarkeit sichern (R.159ff). Es ist erfreulich, dass die Erkenntnisse der von der GRÜNEN Landtagsfraktion in Auf-

trag gegebenen sächsischen peak-oil-Studie des Instituts für Regionalentwicklung aufgenommen werden.¹¹

e) Wechsel zur dezentralen Akteursperspektive

Der SPD-Leitantrag vollzieht einen wichtigen Perspektivwechsel: nicht mehr die Bedürfnisse der fossilen Großkonzerne und ihrer Gewerkschaften werden neben dem Staat als die Hauptakteure der Energiewende betrachtet. An ihre Stelle rücken die Bürgerinnen und Bürger selbst, die Kommunen und die Stadtwerke. Die SPD setzt sich dafür ein, „*verpflichtende Bürgerbeteiligungsmodelle zu prüfen*“ (R.145). Diese dezentrale Akteursperspektive wird ergänzt durch die Perspektiven, verschiedene Bedürfnisse und Chancen urbaner und ländlicher Regionen. Der Antrag verlangt richtig, diese Akteure durch Beratungs- und Informationsnetzwerke zu unterstützen. Allerdings steht daneben der reflexhafte Ruf nach zentralen Vorgaben des Bundes.

II. Kritik des Leitantrags

1. Allgemeine Schwächen

Man sollte erwarten, dass der Leitantrag zu den aktuellen Fragen und Auseinandersetzungen um die Energiewende Stellung bezieht, jedenfalls dann, wenn er wie der Antrag eine Vorbildwirkung Sachsens beschreiben will. Die SPD arbeitet weder ihre Regierungsarbeit noch früher abweichende Positionen auf, vielleicht ist dies der Notwendigkeit innerparteilicher Konsensbildung geschuldet. Leider lässt der Antrag an vielen Stellen nicht erkennen, dass er die tatsächliche Lage als Ausgangspunkt der Überlegungen zu Kenntnis genommen hat. Man möchte an den Satz erinnern, dass Politik mit der Betrachtung der Realitäten beginnt.

Leider bleibt die SPD auch bei ihren Vorschlägen zu häufig bei Überschriften und Obersätzen stehen. Konkrete Ziele werden kaum genannt und noch weniger quantifiziert. Und „*ehrgeizige Ziele*“ für Klimaschutz und Erneuerbare Energien, wie behauptet wird, enthält er keineswegs (R.56). Die vorgeschlagenen Instrumente bleiben sehr allgemein und erscheinen wenig durchdacht. Information und Beratung stehen im Mittelpunkt, obwohl es doch um handfeste Interessenkonflikte geht. Stattdessen erscheint der Antrag oft wie ein „*Gemischtwarenladen*“, in den manches rein gepackt wurde,

11 http://www.gruene-fraktion-sachsen.de/fileadmin/user_upload/Broschuere/Peak-Oil_22-05-2012.pdf

was auch sonst richtig ist.

Und noch eines: Vielleicht ist es im Parteienstreit zu viel verlangt, dass sich die SPD auf Konzepte konkurrierender politischer Kräfte bezieht. Aber es könnte die eigene Position qualifizieren und der Gesprächsfähigkeit in die Gesellschaft hinein nützen, wenn eine zustimmende oder kritische Auseinandersetzung mit den Konzepten anderer wenigstens durchscheinen würde. So entsteht der Eindruck, dass die SPD die Politik der Staatsregierung und wesentliche Debattenbeiträge anderer Parteien gar nicht kennt.

2. Braunkohleverbrennung auf ewig?

2.1. Keine Klimaschutzziele

Angesichts der Anerkennung der entscheidenden Bedeutung der Klimapolitik würde man wenigstens knappe Ausführungen zu den Klimaschutzzielen ebenso erwarten wie Stellungnahmen zu den diskutierten Instrumenten. Der Leitantrag kommt aber ohne jedes quantifizierte Klimaschutzziel aus und erwähnt nicht einmal das 40%-Minderungsziel der Bundesregierung. Leider fehlt auch ein konkreter Bezug auf das 2-Grad-Ziel sowie die notwendige Vorreiterrolle der EU und Deutschlands. Es finden sich keine Aussagen zum auslaufenden Kyotoprozess oder der neuen Stufe des europäischen Emissionshandels ab 2013, in dem deutsche Treibhausgasemittenten keine Zertifikate mehr geschenkt erhalten.

Die Landes-SPD folgt bemerkenswerterweise auch nicht ihrer Bundestagsfraktion oder den Landesverbänden von Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, die ein Klimaschutzgesetz fordern oder in den Ländern gemeinsam mit GRÜNEN umsetzen.¹² Werden keine Klimaschutzziele genannt, um die SPD-Braunkohlepolitik nicht als so unverantwortlich und anachronistisch erscheinen zu lassen, wie sie tatsächlich ist?

2.2. Kein Kohleende und die Legende von der „Brückentechnologie“

Denn die SPD nennt kein Datum für das Auslaufen der Braunkohleverstromung, auch nicht 2060, das 2009 von der Landtagsfraktion genannt wurde. Auch von einem „langfristigen“ Ausstieg, wie er im Gegenschluss als Ziel des Antrags des OV Leipzig-Süd erkannt werden kann, oder gar von ei-

12 SPD-Bundestagsfraktion 2012 <http://www.spdfraktion.de/themen/klimaschutz-doha-voran-treiben>

nem „schnellstmöglichen Ausstieg“, wie ihn die Jusos gefordert hatten, ist schon gar nicht die Rede. Nebenbei wird gesagt, dass der „mittelfristige Einsatz der Braunkohle ... mehr und mehr reduziert werden“ soll (R.204). Zugleich wird an einer neuen Legitimationslegende gestrickt: Braunkohle als „Brückentechnologie“ und Partner der Erneuerbaren, obwohl dies technisch und ökonomisch unsinnig ist. Braunkohle ist weder besonders gut regelbar, noch „günstig“ – wenn die Kraftwerke in Zukunft nur noch unregelmäßig bei Bedarf angefahren werden.¹³

2.2. *Kein Verbot neuer Tagebaue oder Ausstiegsinitiativen*

Im übrigen hinkt die SPD auch der Modernisierung der klassischen Pro-Braunkohle-Position der Partei „Die Linke“ im Jahre 2010 hinterher. Die Linke tritt nun für ein Verbot neuer Tagebaue und einen Braunkohleausstieg 2040 ein. Die SPD fordert aber im Gegensatz zu GRÜNEN und Linken nicht das Verbot neuer Tagebaue. Über die Abaggerung von Dörfern, die dramatische Landschaftszerstörung und die Vertreibung von Menschen aus ihrer Heimat im Interesse von Profitinteressen wird großzügig hinweggegangen. Da die aufgeschlossenen Tagebaue Kohle noch bis ca. 2035 liefern, hält der Verzicht auf diese Maßnahme die Hintertür sperrangelweit offen, um in den nächsten 20 Jahren doch wieder ein neues Braunkohlekraftwerk zu bauen!

Die SPD schlägt überhaupt nichts vor, was den Braunkohleausstieg vorantreiben könnte: keine Mindestwirkungsgrade, keine Mindest-Kraft-Wärme-Kopplung und schon gar nicht eine gesetzliche Kürzung genehmigter Laufzeiten nach dem Vorbild des Atomausstiegsgesetzes. Nur ein schwaches Bekenntnis zum Subventionsabbau ist im Text versteckt („*Abbau der Subventionen für fossile und nukleare Initiativen*“, R.187).

3. Die Ziele für den Ausbau Erneuerbaren Stroms

3.1. *Vollbremsung beim Ausbau Erneuerbaren Stroms?*

Der Leitantrag behauptet, ehrgeizige Ziele für die Erhöhung des Anteils Erneuerbaren Strom zu verfolgen, es bleiben aber erhebliche Zweifel! Zunächst setzt der Leitantrag eines der wenigen konkreten Ziele: „*Unser Ziel ist die Umstellung auf 100% Erneuerbare in 2050*“ (R.67). Dafür sollen „*realistische Etappenziele*“ formuliert werden (R.70). Die SPD möchte 2020 in allen Sektoren, also bei Strom, Wärme und Antriebsenergie, einen Erneuerbaren-Anteil von 25%, 2030

¹³ Hier sei ein Blick in das Standardwerk „Praxishandbuch Energiewirtschaft“ aus dem VDI-Verlag empfohlen.

sollen dann 50% und 2040 75% erreichen (R.70). Für alle drei Sektoren sind das in der Tat ehrgeizige Ziele.

Allerdings drängt sich die Frage auf, warum die SPD keine ausdrücklichen Etappenziele für den Strombereich nennt, ist doch eine erneuerbare Strom-Vollversorgung keine technologische Frage, sondern allein eine des politischen Willens. Die SPD stockt insbesondere das 2007 von ihrem damaligen Wirtschaftsminister Jurk ausgegebene Ziel von 24% EE-Strom-Anteil im Jahr 2020 nicht auf. Dieses Schweigen erregt Misstrauen, möchte doch selbst die schwarz-gelbe Bundesregierung nach ihrem Energiekonzept von 2010 2020 schon 35% erreichen! Auch der Antrag des OV Leipzig-Süd hatte 2011 noch 45% EE-Stromanteil gefordert. Wie in der GRÜNEN Ausbaustudie bereits 2008 nachgewiesen, kann der Anteil von Wind, Sonne und Biomasse 2020 schon Dreiviertel des sächsischen Energiebedarfs abdecken. Man sollte wissen: Ende 2012 betrug der bundesweite Anteil bereits ca. 27% und in Sachsen gut 20% des Strombedarfs.

Möchte man aber den Braunkohlestrom wie die SPD noch für mindestens eine Generation erhalten, dann muss dem Trend des stark steigenden EE-Stromanteils jetzt allerdings die Spitze gebrochen werden. Dies ist das erklärte Ziel der Koalitionsfraktionen, die gerade dabei sind, das von Ministerpräsident Tillich im Mai 2011 ausgegebene Ausbauziel von 33% EE-Anteil im Jahr 2020 auf die Marke von 25% herabzusetzen. Das jetzt ausgegebene Ziel widerspricht diesem schwarz-gelben Ziel jedenfalls nicht, wenn der Anteil der Erneuerbaren Wärme stark erhöht werden kann. Nimmt die SPD vielleicht deshalb keine Stellung zu den Plänen von Schwarzgelb und dem von der FDP propagierten Quotenmodell?

3.2. Wind- und Solarstrom

Die SPD gibt sich windfreundlich und fordert eine schnellere Regionalplanung. Konkrete Vorstellungen zu Ausbautempo, Anlagenzahl, Repowering oder der Zulassung von Windenergieanlagen im Wald werden nicht genannt. Die Ergebnisse der GRÜNEN Repoweringstudie 2011 sind der SPD im Gegensatz zur Staatsregierung offenbar nicht bekannt, die gerade dazu untersetzte Angaben macht.

Es verwundert, dass der Leitantrag kein Wort zum starken Ausbau der Photovoltaik in den letzten Jahren, die Ausbauerwartungen oder über die Krise der deutschen und sächsischen Solarindustrie verliert. Selbst Solarworld in Freiberg ist angesichts des Preisverfalls aufgrund weltweiter Überkapazitäten ins Trudeln geraten und Solarwatt Dresden konnte gerade noch durch eine Neuaufstellung gerettet werden. Angesichts der offensichtlichen Schadenfreude von schwarzgelb über die Probleme

der sächsischen Branche würden sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicher über eine Unterstützung freuen.

3.3. Reform der EEG-Umlage

Der Ausgangspunkt, dass Strom, Wärme und Mobilität nicht zum Luxusgut werden dürfen, ist sicher richtig. Erfreulicherweise widersteht der Leitantrag der verbreiteten Strompreislüge, nachdem das EEG die Strompreise in die Höhe treiben würde. Richtig wendet sich der Leitantrag gegen die von schwarz-gelb stark ausgeweiteten Sonderregelungen für Unternehmen bei der EEG-Umlage und den Netzentgelten (R.172, 180). Die Sondervertragskunden zahlen ohnehin schon wesentlich geringere Strompreise als die einfachen Verbraucher. Diese Befreiung trägt 2013 zur EEG-Umlage 2013 genauso viel (nämlich jeweils ein Viertel) bei, wie der Zubau an Anlagen der Erneuerbaren Energien! Allerdings kann man sich unter der geforderten Bundesratsinitiative zu den EE mit „*starkem focus auf Kosteneffizienz und faire Lastenverteilung*“ wenig vorstellen (R.182).¹⁴

Die FDP und Wirtschaftsminister Morlok wollen das EEG abschaffen und ein Quotenmodell zur „Förderung“ vorlegen. Ein Quotenmodell ist ein planwirtschaftliches Instrument, das allein die großen Investoren bevorzugt, die Energiewende der Bürgerinnen und Bürger von unten abwürgt, volkswirtschaftlich wesentlich teurer ist und den Ausbau abbremst.¹⁵ Man hätte gerne gewusst, wie sich die sächsische SPD zu diesem Plan stellt.

4. EE-Wärme und Gebäudesanierung

4.1. Großes Einsparungs- und Vermeidungspotential

Der Leitantrag nennt anders als Strombereich keine Etappenziele auf dem Weg zu einer 100%-igen Versorgung mit Erneuerbarer Wärme. Auch hier kommt der Leitantrag ohne Nennung der Eckdaten aus: der bisherige Anteil Erneuerbarer Wärme am Gesamtverbrauch dürfte in Sachsen noch weit unter den deutschlandweiten 10% liegen.¹⁶ Der Heizenergiebedarf von Gebäuden verursacht zu 40% den Energieverbrauch und zu 31% die deutschen Treibhausgasemissionen. Die Bundesregierung

14 Zur GRÜNEN Position zur EEG-Reform „Die Zukunft des EEG“ - http://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/energie/Hintergrund_Zukunft_EEG.pdf
„Energiewende weiterdenken“, Beschluss vom 10.1.2013 http://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/fraktion/beschlusse/Beschluss_Weimar_Energiewende.pdf

15 http://www.hans-josef-fell.de/content/index.php?searchword=quotenmodell&ordering=&searchphrase=all&Itemid=1&option=com_search

16 Der Bundesverband Verbraucherzentralen gibt für 2010 rund 9,5% an.
<http://www.vzbv.de/cps/rde/xbcr/vzbv/Energiewende-broschuere-vzbv-2012.pdf>

möchte bis 2020 den Primärenergiebedarf um 20% und bis 2050 um die Hälfte senken sowie bis 2050 einen CO₂-neutralen Gebäudebestand erreichen. Sächsische Hauseigentümer beteiligen sich unterdurchschnittlich an den bundesweiten Förderprogrammen im Bereich der energetischen Gebäudesanierung. Bisher ist es nicht gelungen, die Sanierungsquote zu erhöhen.

4.2. Schwäche der Instrumente

Tatsächlich kann wohl keine politische Kraft derzeit für sich in Anspruch nehmen, einen konkreten Entwicklungspfad in den Bereichen der Gebäudewärme und der gewerblichen Prozesswärme vorzeichnen zu können. Obwohl im Gebäudeheizenergiebereich das größte Potential für eine Energieeinsparung ohne Komfortverlust liegt, ist man in den letzten Jahren nicht ausreichend schnell vorangekommen. Das regenerative Wärmegesetz des Bundes gilt nur für Neubauten, soll aber nach Vorstellungen der GRÜNEN auf Bundesebene auf Altbauten ausgedehnt werden. Leider fehlt im Wärmebereich ein allgemeines Förderinstrument wie das EEG im Strombereich.

4.3. Energetische Sanierung des Altbaubestands

Entscheidend für den Weg zu 100% Erneuerbare Energien im Wärmebereich ist die energetische Sanierung des Altbaubestands. Erforderlich wäre die Erhöhung der jährlichen energetischen Sanierungsquote von ca. 1 auf 3%. Ein Schlüssel für den Durchbruch der Erneuerbaren Wärme wäre der breite Einsatz von Solarthermie mit Hausspeichern, ergänzt durch Biomasse-Heizanlagen. Hier schlägt die SPD Marktanzreizprogramme vor, also die Forderung von Solarthermie durch staatliche Zuschüsse. Allerdings hat die Branche durchaus schlechte Erfahrungen mit der Unstetigkeit staatlicher Programme gemacht.

Der Leitantrag der SPD geht zutreffend vom hohen Potential für die energetische Gebäudesanierung aus (R.243) und spricht einige Probleme zutreffend an: das Mieter-Vermieter-Dilemma oder die hohen Investitionskosten für Solarthermie. Die SPD fordert die Vorbildwirkung der öffentlichen Hand, den Aufbau einer „*wirksamen Förderkulisse zur Gebäudesanierung*“, eine „*klare Aufteilung der Sanierungskosten zwischen Mieter und Vermieter*“ sowie „*längere Abschreibungsmöglichkeiten bei energetischen Sanierungen*“ (R.288). Diese richtigen Forderungen bleiben aber ebenso im Ungefähren hängen wie die nach einer „*energetischen Kreislaufwirtschaft*“ (R.274) oder die gesetzliche Verankerung von „*Schwerpunkte für energetische Sanierung im ländlichen Raum*“ (R.263). Letztlich bleibt der Eindruck eines Bündels guter Ideen ohne strategischen Ansatz.

4.4. Das GRÜNE Modell technologieoffener energetischer Sanierung von Mietwohnungen

Leider äußert sich die SPD nicht zu dem 2010 entwickelten Fördermodell der GRÜNEN Landtagsfraktion für Mietaltbauwohnungen.¹⁷ Wir wollen staatliche Zuschüsse technikneutral für den jeweils im Einzelfall vermiedenen Kohlendioxidausstoß oder die eingesparte fossile Primärenergie bezahlen. Ziel ist die Erreichung des Energiesparhausstandards von 60 kWh je Quadratmeter und Jahr. Bei einem Einsatz von 50 Mio. € im Jahr erwarten wir in 10 Jahren eine Sanierung von 200.000 Wohnungen oder 15 Prozent des Mietwohnungsbestands und fast eine Tonne CO₂ weniger pro Wohnung und Jahr. Mit dieser technologieoffenen Lösung können wir auch den Bedürfnissen des Denkmalschutzes oder den Effizienzchancen bestehender Fernwärmesysteme entsprechen.

5. Verkehrswende und Elektro-Mobilität

5.1. Peak oil erzwingt Verkehrswende

Die SPD analysiert die grundsätzlichen globalen Trends richtig, wenn sie aus dem „peak oil“ die Konsequenz zieht, die Kraftstoffversorgung auf Erneuerbare Energien, insbesondere E-Mobilität, umzustellen. Etwas versteckt ist sogar die Erkenntnis zu lesen, dass die Bahn die effizienteste Form der E-Mobilität sei (R.471). Im Text finden sich geradezu „grüne“ Einsprengsel in der üblicherweise autofixierten SPD, so wenn die Bevölkerung nicht zwingend auf das Auto angewiesen sein soll (R.331) oder Alternativen zum Auto ermöglicht (R.439) werden sollen. Schließlich sollen sogar Förderstrukturen, die die Zersiedlung fördern, „auf den Prüfstand“ gestellt werden (R.362), das Wort „Pendlerpauschale“ wird aber vermieden. Die Infrastruktur für Rad- und Fußverkehr soll in einer Stadt der kurzen Wege „massiv ausgebaut“ werden (R.464ff).

Das Motto kann also nur heißen: „Weg vom Öl“! Zugleich ist die Gesellschaft vom Kraftstoff Öl und Beförderungsmittel Auto so vollkommen mental und in den Lebensgewohnheiten abhängig, dass es sich hier sicher um das dickste Brett der Energiewende handelt. Die sächsische peak-oil Studie von Norbert Rost hat gezeigt, dass Unternehmen und Gesellschaft noch nicht einmal im Ansatz vorbereitet sind. Daher ist es verdienstvoll, wenn die SPD die Augen auf diese Fragen richtet. Richtig ist auch die Erkenntnis, dass peak oil die Menschen im ländlichen Raum am schnellsten und härtesten trifft, da ihre Mobilität am ausschließlichen auf dem erdölgetriebenen Individualverkehr beruht.

17 „Investitionsprogramm für Erneuerbare Wärme und Energieeinsparungen im Altbau“
<http://www.wir-sind-klima.de/news/artikel/fachgesprach-zum-investitions.html>

5.2. Abkehr von der ungleichen Finanzierung?

Richtig rückt die SPD bei der Verkehrswende den ÖPNV in den Vordergrund und wendet sich gegen den Angebotsabbau, die Abhängung immer mehr Regionen von günstiger und altersgerechter Mobilität (R.430), und fordert die „Revitalisierung“ stillgelegter Bus- und Regionalbahnlinien (in der Reihenfolge! - R.361). Zentrale Forderung ist daher auch, dass sich der Freistaat Sachsen wieder stärker am „Ausbau des ÖPNV und des Regionalverkehrs“ beteiligen sollte (R.471).

Es ist aber wenig glaubwürdig, die Streichungspolitik von Minister Morlok zu beklagen, zugleich aber dem Autoverkehr in der praktischen Politik weiter Vorrang einzuräumen. So wollte die SPD-Landtagsfraktion im Doppelhaushalt 2013 / 14 von den jährlich 90 Mio € Entflechtungsmitteln des Bundes für kommunale Verkehrsinvestitionen nur 25% in Bahn und Bus stecken, aber 75% in den Straßenverkehr. Offenbar betrachtet die SPD den ÖPNV weiterhin nur als Ergänzungsangebot!

5.3. Integraler Taktfahrplan „Sachsentak 21“

Richtig fordert die SPD eine bessere Vernetzung und ein besseres Angebot im ÖPNV (R.434). Leider bleibt der Leitantrag bei den guten Vorsätzen stecken. Nützlich wären die Angabe verbindlicher Ziele für die Entwicklung des modal split sowie Konzepte und Strategien dafür. Dies ist um so ärgerlicher, als seit 2008 ein ausgearbeitetes Konzept der GRÜNEN Landtagsfraktion zu einem „Sachsentak 21“ mit einem Integralen Taktfahrplan vorliegt.¹⁸ GRÜNES Ziel ist die Verdopplung der sächsischen Fahrgastzahlen bei Bus und Bahn innerhalb von zehn Jahren. Der Stundentak als landesweiter Mindeststandard für alle Busse und Bahnen und sichere Anschlüsse erlauben ein schnelles Vorankommen ohne lange Wartezeiten. Flankierend setzen wir uns für einen einheitlichen sachsenweiten Nachverkehrstarif sowie – diesmal gemeinsam mit SPD und Linken - für ein sachsenweites Mobilitätsticket für Menschen mit niedrigem Einkommen ein.

5.4. Individuelle Elektromobilität

Wer bei der Elektromobilität vage bleibt, belügt sich schnell selbst: Elektromobilität leistet nur dann einen Beitrag zum Klimaschutz, wenn der Strom aus Erneuerbaren Energien gewonnen wird. Kaufanreize der öffentlichen Hand zum Erwerb von Elektrofahrzeugen (R.479ff.) unabhängig von der Art der Gewinnung des dafür benötigten Stroms helfen dem Klima nicht.

¹⁸ www.mobiles-sachsen.de

Es geht aber keineswegs nur um den Austausch des Antriebs, sondern auch um die Veränderung bisheriger Verkehrsstrukturen und Mobilitätsgewohnheiten. Die Entwicklung individueller Elektromobilität muss in einen Systemwechsel und ein Konzept zur Vernetzung verschiedener Verkehrsträger eingebunden werden. In Ballungsräumen bietet die Umstellung die Chance für integrierte Mobilitätsdienstleistungen mit neuen Formen der gemeinschaftlichen Nutzung von Verkehrsmitteln wie Car Sharing oder (Elektro-)Mieträdern. Erfolgreich angelaufene Smart-Carsharing-Projekte wie Car-2-Go in Ulm und Hamburg zeigen, dass der Verzicht auf ein eigenes Auto ohne Einschränkung der persönlichen Mobilität möglich ist. Eine solche Schwerpunktsetzung umfasst allerdings mehr als die von der SPD befürworteten Kaufanreize zum Erwerb von Elektrofahrzeugen.

6. Das Problem Netzbau und Speicherung

Der Leitantrag greift mit dem Aus- und Umbau der Netze und Speicher zentrale Probleme der Energiewende auf. Die SPD wendet sich diesen Fragen in wohlthuender Weise nicht wie die Gegner der Energiewende mit dem Gestus der Unlösbarkeit und einer angeblich maßlosen Verteuerung des Stroms zu, sondern als zu lösendes technisches Problem. Sie möchte mit einer Bundratsinitiative die *„Netzzumlagekosten gerecht zwischen Staat, Wirtschaft und Verbrauchern ... verteilen“* (R.422) und *„steuerliche Anreize für Einrichtung dynamischer Tarife bei Verbrauchern, intelligente Zählern, intelligente Haushaltsgeräten“* erreichen (R.404).

6.1. Pläne auf Landes- und Bundesebene

Auch hier seien zunächst die Eckdaten nachgetragen: der aktuellen „Bundesbedarfsplan Stromnetze“ sieht bei den Übertragungsnetzen für Sachsen nur eine kleine Netzverstärkungsmaßnahme zwischen Bärwalde und Schmölln vor.¹⁹ Die Verteilnetzbetreiber nennen - sicher nicht ganz interessenfrei - einen Ausbaubedarf von 2000 km neuen Mittelspannungs- und 900 km Niederspannungsleitungen.²⁰

Zwar greift der Leitantrag ausnahmsweise die GRÜNE Idee eines koordinierenden Landesstromnetzplan 2020 auf, der hier aber zentralistisch gewendet als *„zentral koordinierter sächsischer Energienetzplan“* firmiert und mit der Forderung eines *„zentral gesteuerten“* Verteilnetzausbaus

19 Maßnahme 59, S.14.

http://www.netzausbau.de/SharedDocs/Downloads/DE/NEP_2012/Zusammenfassung%20Stromnetzausbau%202012.pdf?__blob=publicationFile

20 BDEW 2011: Ausbaubedarf der Verteilnetze für Elektroenergie infolge des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in Sachsen bis 2020, S.4.

auftritt (R.387). Zudem sollen die regionalen Verteilnetze in einen weiterentwickelten bundesweiten Netzentwicklungsplan für die Übertragungsnetze integriert werden. Schließlich soll ein Landesstromnetzplan aus den Landesentwicklungsplan entwickelt und ausgegliedert werden. Allerdings ergibt sich der Netzausbaubedarf gerade aus den Erzeugungs- und Lastschwerpunkten, so dass es wenig schlüssig erscheint, die Pläne zu trennen und aus dem Landesentwicklungsplan auszugliedern. Im Übrigen erscheint das Vertrauen in die Möglichkeit einer zentralen Steuerung privatrechtlicher wirtschaftlicher Entscheidungen der Netzbetreiber systemfremd.

6.2. Ein neues Marktdesign

Allerdings dringt der Leitantrag nicht zur Kernfrage vor: Wie transportieren wir Energie über Zeit und Raum, um eine fluktuierende Nachfrage mit fluktuierender Einspeisung jederzeit, versorgungssicher und zu günstigen Preisen abstimmen zu können?

Wir brauchen ein Marktdesign, dass sich nicht mehr an einem sektorbezogenen zentralen Erzeugungs- und Verteilungsmarkt der vier Großkonzerne orientiert, sondern an einem flexiblen, fluktuierenden und dezentralen System mit 100% Erneuerbaren Energien. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dies mit ihren Leitlinien vom Oktober 2012 besser erfasst.²¹ Ein Marktdesign muss an diese Zielstellung angepasst werden und nicht die Erneuerbaren in das fossil-zentralistische Prokrustesbett gezwängt werden, wie Politiker von Schwarz-Gelb meinen, die sich keine andere Welt als die atomar-fossile vorstellen können.

Ein möglicher Ansatz ist der Ausbau des funktionierenden Regelleistungsmarktes.²² Hierbei könnten die Übertragungsnetzbetreiber, die ja für die Systemstabilität verantwortlich sind, die benötigten Energiemengen zum Ausgleich der schwankenden Einspeisung und Nachfrage für Monate oder Jahre ausschreiben.

6.3. Optimierung des EE-Mix

Der Strom- und Wärmebereich ist wesentlich enger aufeinander abzustimmen. Nur wenn das Energiesystem als Verbund betrachtet wird, können sinnvoll Aussagen zum Umfang des Netzausbaus sowie der notwendigen Größe und Eigenschaften von Speichern gemacht werden. Der Mix aus Erneuer-

21 SPD-Bundestagsfraktion 2012: Konsens für den Umbau und die Entwicklung der Energieinfrastruktur – Leitlinien für eine bezahlbare, sichere und umweltschonende Energieversorgung. http://www.spdfraktion.de/sites/default/files/pos-papier_energieinfrastruktur_fraktionsfassung_25102012.pdf

22 Schwill, J./ Sämisch, H. 2012: Vorschlag zur konkreten Ausgestaltung eines effizienten Kapazitätsmarkts. in Energiewirtschaftliche Tagesfragen 11/2012, S. 8-11.

erbaren Energien im Strombereich ist daher so zu gestalten, das schon die Einspeisung möglichst umfangreich den Bedarf deckt. Denn Wind- und Sonnenstrom ergänzen sich ein großes Stück weit bezüglich ihrer Einspeisezeiten. In Simulationen wurde ein Mix aus einem Viertel Sonnenstrom und drei Viertel Windstrom als Optimum errechnet.²³ Dadurch könnten rund 70% des erzeugten Stromes unmittelbar genutzt werden und nur etwa 30 Prozent des Bedarfs müssten für eine gewisse Zeit gespeichert werden.

6.4. Methanisierung von EE-Strom

Im Gegensatz zu Strom lässt sich Gas hervorragend und Wärme gut speichern. Es geht also darum, Strom in Wärme zu wandeln und so zu speichern. Die derzeit vielversprechendste Technologie dafür ist die „Power to Gas“-Technologie. Hierbei wird vorrangig in Zeiten einer den Bedarf übersteigenden Produktion über Elektrolyse und Sabatierprozess mit Strom aus CO₂ und Wasser Methan gas (synthetisches Erdgas) hergestellt. Das Gas kann dann ohne weiteres im vorhandenen Gasnetz mit einer Kapazität von 200 TWh gespeichert und transportiert werden und nach Bedarf in Strom, Wärme oder Antriebsenergie umgewandelt werden.

Mit einer entsprechenden Zahl dezentraler²⁴ „Power to Gas“- Anlagen²⁵ könnte in Verbindung mit vorhanden bzw. zu bauenden Gas-KWK-Anlagen der Stadtwerke ein großer Teil des diskutierten teuren Netzausbaus vermieden werden. Damit kann schon ein beträchtlicher Teil der benötigten Wärmeenergie bereitgestellt werden. Hinzu treten Kombinationsmöglichkeiten mit zentralen und dezentralen Solarthermieranlagen und Wärmepumpen. Dieses System würde laut ISE zu den niedrigsten Gesamtkosten führen. Die jährlichen Aufwendungen im Wärme- und Strombereich wären nach dieser Studie nicht höher als heute!²⁶

6.5. Speicherbetriebserslaubnis für Netzbetreiber und Kapazitätsmärkte?

Um diese günstige Systemlösung zu ermöglichen, müsste jedoch den Netzbetreibern der Betrieb von Speichern erlaubt werden. Denn nur dann wird sich der Betreiber auch für die jeweils günstigere Variante zwischen Netzausbau, Speicher, Regelenenergiebezug oder Nachfragesteuerung entscheiden können. Dazu wie zu der Frage des Aufbaus von „Kapazitätsmärkten“ nimmt die SPD leider

23 Fraunhofer ISE 2012: 100 % Erneuerbare Energien für Strom und Wärme in Deutschland
<http://www.ise.fraunhofer.de/de/veroeffentlichungen/veroeffentlichungen-pdf-dateien/studien-und-konzeptpapiere/studie-100-erneuerbare-energien-in-deutschland.pdf>

Welter, Philippe. 2012: Herr Altmaier, so geht's!, PHOTON 10/2012, S.14-34.

24 So kann die Abwärme bei der Umwandlung in lokale Netze eingespeist werden, was Wirkungsgradverluste reduziert.

25 Welter errechnet 67 GW Leistung.

26 Fraunhofer ISE 2012, S.16.

keine Stellung. In einem Kapazitätsmarkt soll die verbindliche Bereitstellung einer bestimmten Menge Energie über einen bestimmten Zeitraum vergütet werden, um Engpässe sichtbar zu machen, zu füllen und so die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.²⁷

7. Faire Energiepreise

7.1. Begrüßenswerter Ansatz

Es ist zu erwarten, dass eine Partei, die ihren Kern in der sozialen Gerechtigkeit sieht, besonderen Wert auf das Thema faire Energiepreise legt. Dementsprechend finden sich dazu Aussagen an prominenter Stelle: Sachsen soll sich zu einem „Vorbild bei Bezahlbarkeit und fairen Preisen“ entwickeln. Allerdings werden die Entscheidungen dafür sicher nicht auf Landesebene getroffen werden. Angesichts der Kampagne der fossilen Konzerne und ihrer publizistischen Gehilfen gegen die Erneuerbaren ist es verdienstvoll, dass der Leitantrag auf das Steigen der Preise für fossile Brennstoffe und den peak oil hinweist (R.159) und erkennt, dass nur die Erneuerbaren Energien, für die nicht laufend Brennstoffkosten bezahlt werden müssen, die Preise gering halten werden (R.165). Zurecht wird festgestellt, dass der Umstieg auf Erneuerbare „*nicht nur klimapolitische Notwendigkeit, sondern auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit*“ sei (R.166f).

7.2. Vorschläge zur Senkung und gerechten Verteilung der EE-Ausbaukosten

Leider bleibt die SPD bei ihren Vorschlägen wieder sehr allgemein.²⁸ Richtig werden die Sonderregelungen wie die Befreiungen von der EEG-Umlage und bei den Netzen für große Unternehmen beklagt (R.172). Diese von schwarz-gelb ausgeweiteten Befreiungen sind für ein Viertel des Anstiegs der EEG-Umlage verantwortlich und werden zusätzlich auf Verbraucher und Mittelstand über gewälzt. Zudem fordert die SPD eine „*faire Lastenverteilung auf allen Ebenen*“, erklärt aber nicht, was sie sich darunter vorstellt (R.182).

Misstrauisch wird der Leser allerdings bei der Forderung nach einem „*kontrolliertem Ausbau der Erneuerbaren Energien im Rahmen des volkswirtschaftlich Sinnvollen*“ (R.192). Offenbar handelt es sich hier um Restbestände fossilen Denkens, tragen doch die Konzerne vor – zu Unrecht! - seit Jahren vor, dass ihr Kohlestrom günstiger sei, als Wind- oder Sonnenstrom. Denn gerade volkswirt-

27 http://oliver-krischer.eu/fileadmin/user_upload/gruene_btf_krischer/2012/AutorenpapierKapazitaetsmaerkte.pdf

28 Dazu Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN im Bundestag: Die Zukunft des EEG, Oktober 2012

http://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/energie/Hintergrund_Zukunft_EEG.pdf

schaftlich unter Heranziehung aller externer Kosten (z.B. Umwelt- und Gesundheitsschäden) ist fossiler Strom für die gesamte Gesellschaft teurer.

7.3. Keine Ideen zur Unterstützung einkommensschwacher Haushalte

Bedauerlicherweise macht die SPD gerade bei einem ihrer zugeschriebenen Kernthemen keine Vorschläge. Zwar sollen „*einkommensschwache Haushalte unterstützt*“ werden (R.194), aber es fehlt etwa eine Stellungnahme zum (untauglichen) Vorschlag von Schwarz-gelb, die Stromsteuer zu senken. Man hätte gerne erfahren wie die SPD zu den Themen Verbot von Stromsperrern, Verpflichtung der Grundversorger zu Vorkasse-Zähler (prepaid) oder Stromspartarif mit progressivem Tarifverlauf und entfallender Grundgebühr steht. Vollkommen unverständlich ist es für eine sozialpolitisch engagierte Partei, dass sie sich auch nicht zur breit geforderten Anpassung der Hartz-IV-Sätze an die Kosten des tatsächlichen Strombedarfs äußert.

III. Fazit

Die rhetorische Hinwendung zu Klimaschutz und 100% Erneuerbare Energien ist unübersehbar, aber fraglich ihr Wert in konkreten Entscheidungs- und Konfliktsituationen. Denn jedenfalls bleibt der Antrag in der klimapolitisch entscheidenden Frage des Braunkohleausstiegs aufgrund des Verzichts auf eine aktive Braunkohleausstiegspolitik rückwärtsgewandt. Tatsächlich schlägt die SPD nichts vor, was die Macht von Vattenfall oder MIBRAG gefährden könnte. Die innerparteiliche Konsensformel lautet offenbar: Braunkohle und Erneuerbare Energien.

Dies ist schade und reicht nicht aus. Die sächsische SPD erscheint nicht nur gegenüber GRÜNEN und Linken, sondern auch im Rahmen der SPD-Bundespartei nicht entschlossen, den Weg der Energiewende konsequent zu beschreiten. Eine Erklärung drängt sich auf: Die SPD möchte sich in dem jetzt stattfindenden Machtkampf um den Kohleausstieg, 100% Erneuerbare, ein dezentrales Marktdesign und um die Entmachtung der fossilen Konzerne nicht entscheiden. Typisch SPD: man möchte vom positiven Image der Erneuerbaren profitieren, ohne die Verfechter der fossilen Vergangenheit zu verprellen, sie möchte es allen recht machen und es sich mit niemanden verscherzen.

Immer noch wird die Energiepolitik dem Erhalt der Braunkohle untergeordnet. Dies wirft ein beklemmendes Schlaglicht auf die Bekenntnisse der SPD zum Klimaschutz. Die Unklarheit beim

Ausbau Erneuerbaren Stroms ist bezeichnend und verbaut jedenfalls keine Einigungsmöglichkeiten mit der Braunkohlepartei CDU. Wägt man die vorgeschlagenen Positionen der SPD koalitionspolitisch, dann steht energiepolitisch nach dem Ausscheiden der FDP aus dem Landtag der Neuauflage einer schwarz-roten Koalition im Jahre 2014 nichts im Wege.

Für ein rot-rot-grünes Regierungsprojekt allerdings müsste die SPD energiepolitisch erheblich nachlegen. Der Parteitag wird erste Hinweise geben, ob sie dazu bereit ist.